

Folge der Digitalisierung: Das Analoge bleibt unabdingbar

Lucienne Rey

Die Stiftung für Technologiefolgen-Abschätzung TA-Swiss hat sich mit den Folgen der Digitalisierung auf das demokratische System der Schweiz auseinandergesetzt. Das Ergebnis liegt in drei Bänden vor – und ist bis 11. Dezember 2021 an einer Ausstellung im Polit-Forum Bern zu besichtigen.

Like oder dislike, Daumen rauf oder Daumen runter – die sozialen Netzwerke verleiten uns zum raschen Urteil. Dieses fällt allerdings gezwungenermassen extrem aus, weil Nuancen und Grautöne kaum durch einen Klick zum Ausdruck gebracht werden können: «Ja» oder «nein» statt «vielleicht» oder «unter bestimmten Umständen».

Polarisiert sich auch unser politisches System, wenn es zunehmend unter den Einfluss der Digitalisierung gerät? Wo liegen die Chancen und Risiken neuer politischer Plattformen im Internet, wer bedient sich ihrer? Gibt es Personengruppen, die womöglich

an den Rand gedrängt werden? Mit solchen Fragen hat sich die Stiftung für Technologiefolgen-Abschätzung TA-Swiss in einem mehrteiligen Projekt auseinandergesetzt.

Traditionelle Medien bleiben wichtig

Plattformen wie Facebook oder Twitter sind als Informationsquellen der Schweizer Bevölkerung nicht mehr wegzudenken. Allerdings sind die herkömmlichen Medien ebenfalls im Web präsent. Und auch in gedruckter oder über Radio und TV ausgestrahlter Form

werden sie intensiv genutzt. In der Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts gfs.bern stellte sich jedenfalls heraus, dass ein Grossteil der Bevölkerung auf der Suche nach verlässlichen und vertrauenswürdigen Informationen immer noch in erster Linie Zeitungen, Radio und Fernsehen konsultiert. Das Beharrungsvermögen der traditionellen Informationsquellen erklärt gfs.bern zum einen damit, dass politische Information – unabhängig von ihrem Ursprung – nie direkt in die Meinungsbildung einfliesst. Vielmehr wird sie zuerst durch das politische Vorwissen und die Ansichten der betreffenden Person gefiltert. Je umfassender diese bereits informiert ist und je besser sie die neuen Informationen mit ihrem Vorwissen zu verknüpfen vermag, desto weniger fällt ins Gewicht, aus welcher Quelle die Neuigkeiten stammen.

Soziale Medien als Ursprung der Polarisierung?

Auch die immer wieder geäusserte Vermutung, wonach die zunehmend gehässigen Töne in der politischen Auseinandersetzung auf den Einfluss der sozialen Medien zurückzuführen seien, hält der politikwissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Denn die Gegensätze im politischen Diskurs begannen sich schon lange vor der Digitalisierung oder gar dem Aufkommen sozialer Medien zu verschärfen. Indes streiten die Fachleute von gfs.bern nicht ab, dass Plattformen wie Facebook, Twitter und ähnliche dazu beitragen können, diese Entwicklung zu befeuern – insbesondere, weil sie auch gerne von populistischen Kräften genutzt werden, die sich mit extremen Haltungen vom vielbeschwoeren «Mainstream» abzugrenzen suchen.



Bild: Tobias Siebrecht

Obliviscis: Die bewusstseinsweiternde Pille hilft, politische Entscheide unabhängig von der persönlichen Voreingenommenheit zu treffen.

Freilich dienen die neuen Kommunikationskanäle auch jungen politischen Bewegungen, die sich rasch und transparent untereinander und mit der Bevölkerung verständigen wollen. Die Klimajugend und die Bewegung Libero wie auch die «Freunde der Verfassung» sind Beispiele dafür, wie digitale Medien die politische Mobilisierung erleichtern und somit die Teilhabe grosser Gruppen am politischen Prozess erleichtern können. Digitale Instrumente zum Sammeln von Unterschriften verfügen ebenfalls über das Potenzial, den Einfluss breiterer Schichten auf politische Prozesse zu verstärken. Bürgerinnen und Bürger wiederum eröffnet sich dank sozialer Medien die Möglichkeit, direkter mit politischen Eliten in Kontakt zu treten und somit weniger abhängig von Nachrichten zu werden, die zuvor den Filter der journalistischen Redaktionen passiert haben.

Nur bedingt transparent

Wer sich im Internet politisch engagiert, hinterlässt Datenspuren. Persönliche Angaben und Online-Aktivitäten können ausgelesen werden, um die betreffende Person anschliessend mit zielgerichteter – politischer oder kommerzieller – Werbung anzusprechen. Zumindest der Datenschutz wird dadurch untergraben; zudem kann einseitige und parteiische Information zur Folge haben, dass sich die Betroffenen in Echokammern und «Fake News» verlieren. Umso bedenklicher ist es, dass mittlerweile wenige grosse Firmen – die sogenannten GAFA (Google, Apple, Facebook, Amazon) – wachsenden Einfluss auf die politische Kommunikation nehmen. Sie treten damit zunehmend an die Stelle der journalistischen Gatekeeper, verfolgen dabei aber in erster Linie wirtschaftliche Ziele. Entsprechend sortieren und verbreiten sie ihre Informationen und Verlautbarungen auch nicht nach demokratischen, sondern nach anderen, kaum durchschaubaren Kriterien. Re-

gulierungsbehörden aus aller Welt, welche die GAFA-verbindlichen Regeln unterwerfen möchten, erleiden regelmässig Schiffbruch beziehungsweise überlassen die Durchsetzung bestehender Regulierungen den grossen amerikanischen Firmen selber, was deren Macht zusätzlich stärkt.

Ansprüche und Wünsche der Jugend

Digitale Tools werden von vielen als Mittel gesehen, um bei der jungen Generation das Interesse an der Politik zu wecken und sie zum politischen Engagement zu animieren. In einem zweiten Teil untersuchte daher das Schweizer Jugendparlament DSJ anhand seiner eigenen digitalen Partizipationsplattform engage.ch, inwiefern digitale Politikplattformen in der Lage sind, Jugendliche tatsächlich anzusprechen. Engage.ch ermöglicht es Menschen bis zum Alter von 25 Jahren, Anliegen und Ideen einzuspeisen und dabei direkten Kontakt mit politischen Entscheidungstragenden aufzunehmen. Die Auswertungen von DSJ zeigen auf, dass es digitalen Plattformen tatsächlich gelingt, Jugendliche unabhängig von Bildungsniveau und Migrationshintergrund zu mobilisieren und damit Gräben im herkömmlichen politischen Prozess zu schliessen. Andere allerdings bleiben bestehen: So nehmen tendenziell mehr junge Männer als Frauen an der politischen Online-Diskussion teil. Auch zeichnen sich jüngere Altersgruppen um die 14 Jahre durch besonders rege Teilnahme aus – was an der schulischen Jugendarbeit liegen könnte, welche die älteren Jahrgänge nicht mehr erreicht.

Analoges nicht ausschliessen

Damit Jugendliche digitale Tools gerne nutzen, müssen diese in erster Linie einen transparenten und verlässlichen Umgang mit den



Bild: Tobias Siebrecht

Die Daumenregel: Computergestützte Entscheidungen machen Entscheide vorhersehbar. Mit Münzwürfen wird dem Zufall wieder mehr Platz eingeräumt.

Daten pflegen bzw. deren Schutz gewährleisten. Ferner ist jungen Menschen wichtig, dass digitale Tools die analogen ergänzen und nicht gänzlich an deren Stelle treten. Denn diejenigen, die sich lieber unmittelbar und nicht mittels eines technischen Systems am politischen Prozess beteiligen wollen (oder können), sollen nicht ausgeschlossen werden. Uneinigkeit herrscht in der Auffassung, ob anonyme Partizipation möglich sein soll: Während für die einen damit das Gebot der Transparenz verletzt wird, wännen sich andere durch die Anonymität besser vor Spam und Hasskommentaren geschützt. Die weiteren Anliegen der Jugendlichen an Online-Tools sind auf Zweckmässigkeit aus: Die Plattformen sollten einfach und über unterschiedliche Geräte zu bedienen sein; ein übersichtlicher Aufbau und eine ansprechende Gestaltung ohne Kinkerlitzchen werden ebenfalls geschätzt. Und noch etwas hat die DSJ-Studie zutage gefördert: Die Plattformen müssen auch beworben werden. Denn oft enthalten sich Menschen nicht aus Desinteresse der politischen Beteiligung, sondern weil sie nicht wissen, welche Möglichkeiten ihnen dafür zur Verfügung stehen – und weil ihnen nicht klar ist, dass sie dazu berechtigt sind.

Übers Ganze gesehen, hält sich der Einfluss der Digitalisierung auf das politische System der Schweiz derzeit noch in Grenzen. Ob er sich verstärken wird, hängt von der weiteren Entwicklung des politischen Klimas ab – in unserem Land, aber mindestens ebenso stark international. ■

Die Bilder: Spekulative Objekte als Sinnbild zukünftiger Demokratie

In einem dritten Teil wagt sich das Projekt von TA-Swiss bis in künstlerisch-handwerkliche Domänen vor. Dezentrum, ein Think- und Do-Tank für Digitalisierung und Gesellschaft, entwarf drei Szenarien einer künftigen digitalen Demokratie. Diese Zukunftsentwürfe werden mit drei Objekten veranschaulicht, die den Kern der Ausstellung «Digitalisierung und Demokratie» im Polit-Forum Bern bilden. Ob eine bewusstseinsverändernde Pille, ein Zufallsgenerator in Form einer Münzwurfmachine oder ein polizeilich konfiszierter Pilzrisotto für die Zukunft der Demokratie stehen könnten, dürfen alle, die die Ausstellung besuchen, für sich selber entscheiden.